

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 98. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. September 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

i. V. von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Gespräch mit dem	5
	<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsführer der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein, Hans-Peter Petersen• Geschäftsführer der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH, Dr. Gerd-Rüdiger Steffen• Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Lutz Koopmann	
	Bericht der Investitionsbank 2007	
	Drucksache 16/2151	
	(überwiesen am 18. Juli 2008 an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)	
2.	Jahresbericht 2007 für den budgetierten Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Kapitel 1116), Übersicht über die Schuldverpflichtungen und Bürgschaften des Landes Schleswig-Holstein Ende 2007	8
	Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/3290	
3.	Bericht zur Entwicklung rechtsextremistisch motivierter Straftaten in 2008 und zur Finanzierung von rechtsextremistischen Vereinen, Stiftungen und Organisationen	10
	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2096	
	(überwiesen am 19. Juni 2008 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)	
4.	Auflösung der globalen Minderausgaben 2008	11
	Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/3287	
5.	Investitionsbedarf der Kommunen bezüglich der Gemeinschaftsschulen	12
	hierzu: Umdruck 16/3410	

6.	Information/Kenntnisnahme	15
	Umdruck 16/3303 - Kongress- und Veranstaltungszentrum Husum	
	Umdruck 16/3304 - Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr	
	Umdruck 16/3305 - Verwaltungsvereinbarungen Städtebauförderung 2008	
	Umdruck 16/3333 - Kinderbetreuungsfinanzierung	
	Umdruck 16/3335 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben II/2008	
	Umdruck 16/3341 - Finanzielle Auswirkungen Unterhaltsvorschussgesetz	
	Umdruck 16/3342 und 16/3409 - Personalerhebung im Bereich der IT	
	Umdruck 16/3343 - Durchführung der Beihilfeverordnung; Selbstbehalt	
	Umdruck 16/3344 - Entwicklung der Frühpensionierungen im Jahr 2007	
	Umdruck 16/3345 - Entwurf eines Verwaltungsabkommen zwischen S-H und HH bzgl. Lärmschutzbereiche	
	Umdruck 16/3374 - Europäisches Mahnverfahren	
	Umdruck 16/3375 - Übersicht unbesetzte Stellen	
	Umdruck 16/3376 - Übersicht über Entlastungen und Abfederungsmaßnahmen	
	Umdruck 16/3377 - GMSH und LVSH: Geschäftsberichte 2007	
	Umdruck 16/3378 - Institut-baltische-skandinavische-Archäologie	
	Umdruck 16/3398 - Jahresbericht GVB	
7.	Verschiedenes	19

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch mit dem

Geschäftsführer der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein,
Hans-Peter Petersen

Geschäftsführer der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH, Dr. Gerd-Rüdiger Steffen

Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Schleswig-Holstein,
Lutz Koopmann

sowie

Bericht der Investitionsbank 2007

Drucksache 16/2151

(überwiesen am 18. Juli 2008 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Herr Petersen, der Geschäftsführer der Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein, trägt die den Ausschussmitgliedern vorliegende Präsentation vor.

Nach der Präsentation bittet der Vorsitzende Herrn Petersen, dem zuständigen Beteiligungsausschuss des Landtags die Geschäftsergebnisse zuzuleiten, die dort vertraulich und intern behandelt werden.

Auf eine Nachfrage des Vorsitzenden führt Herr Petersen aus, derzeit würden 45 Mitarbeiter beschäftigt, von denen 38 Vollzeitkräfte seien.

Er betont, dass in der 60-jährigen Geschichte des Instituts noch keine Minuszahlen aufgetreten seien. Die Aufgabe des Instituts liege aber nicht in der Erzeugung von Gewinnen, sondern in der Wirtschaftsförderung und in der begleitenden Beratung.

Auf eine Frage des Abg. Sauter zum Vorgehen der Bürgschaftsbank bei drohender Insolvenz eines Unternehmens merkt Herr Petersen an, es handele sich um ein mehrstufiges Vorgehen. Zunächst gebe es intensive Beratung, wenn ab einer bestimmten Kredithöhe Probleme aufträten. Dabei komme der Bürgschaftsbank auch zugute, dass es ein Netzwerk gebe.

Eine weitere Stufe werde erreicht, wenn eine Rettung des Unternehmens keine Option mehr sei. Dann werde zunächst der Ausfall festgestellt, von der Bürgschaftsbank würden die Restforderungen übernommen. Ziel sei es unter anderem, eine Privatinsolvenz zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, werde unter Umständen auch ein angebotener Betrag angenommen, wenn erkennbar sei, dass mehr nicht zu machen sei.

Anschließend an die Diskussion stellt Herr Dr. Steffen, Geschäftsführer der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH, anhand der den Ausschussmitgliedern vorliegenden Präsentation die Schwerpunkte der Arbeit der Beteiligungsgesellschaft dar.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Refinanzierung führt Herr Dr. Steffen aus, der primäre Partner in diesem Zusammenhang sei die Investitionsbank, die ihrerseits Mittel von der KfW bekomme. Zudem seien die Beteiligungsfonds ebenfalls eine Refinanzierungsquelle, insbesondere die neuen EFRE-Fonds. In diesem Fall sei auch die EU Risikopartner. Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit bestehe in der Aufnahme von Kapitalmarktrenditen über die Investitionsbank.

Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden führt er aus, die stillen Beteiligungen hätten eine Laufzeit von ungefähr zehn Jahren. Man könne sagen, die MBG sei Eigenkapitalpartner auf Zeit. Das Problem sei, dass es sich nicht um ein Darlehen handele, sondern das Kapital endfällig werde. Wenn die Summe nicht zurückgezahlt werden könne, sei eine Verlängerung um fünf Jahre und die Vereinbarung einer Ratenzahlung möglich.

Herr Dr. Steffen stellt klar, dass es keinen Exit-Aufschlag gebe und somit die MBG nicht am gestiegenen Unternehmenswert partizipiere. Das sei seiner Ansicht nach auch nicht die Aufgabe eines Wirtschaftsförderungsinstituts.

Der Geschäftsbericht der MBG wird dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Herr Koopmann, Vorstandsvorsitzender der Investitionsbank Schleswig-Holstein, stellt anhand der vorgelegten Präsentation die zentralen Schwerpunkte der Arbeit der Investitionsbank Schleswig-Holstein dar. Ein besonderes Augenmerk richtet er dabei auf die Entwicklung

in den Jahren 2007 und 2008. Für das laufende Jahr erwarte er einen neuen Rekord. Das hänge auch mit der Finanzmarktkrise zusammen, von der die Investitionsbank profitiere. Der Grund dafür liege in der Tatsache, dass sich die Investitionsbank nicht an risikoreichen Spekulationen beteiligt habe. Darüber hinaus müsse man das Portfolio, das im Moment 3 Milliarden € umfasse, nicht wertberichtigen, da die Papiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollten. Eine negative Auswirkung der Finanzkrise seien Liquiditätsengpässe gewesen, die man jedoch überwunden habe. Als Konsequenz habe man die Refinanzierungsbasis verbreitert.

Ein weiterer, für die Investitionsbank vorteilhafter Effekt der Finanzmarktkrise sei, dass die Hausbanken verstärkt Schwierigkeiten bei der Refinanzierung hätten und so die Angebote der Investitionsbank stärker nachgefragt würden.

Der Zinsüberschuss von 2006 auf 2007 sei nur gering gewachsen, dafür seien auch die Personalkosten nur sehr leicht angestiegen. Die Sachkosten seien sogar zurückgegangen.

Auf eine Nachfrage des Vorsitzenden zur Höhe der Beteiligung an der Landgesellschaft führt Herr Koopmann aus, man sei als dritter Gesellschafter bei der Landgesellschaft eingestiegen. Der Anteil der Investitionsbank liege bei etwa 17 Millionen €. Es sei möglich, dass die Landgesellschaft bis zum nächsten Jahr ganz wesentlich von der Investitionsbank übernommen werde. In dieser Richtung liefen Gespräche.

Abg. Herdejürgen interessiert, ob sich im Rahmen der neuen EU-Förderperiode die Notwendigkeit ergebe, die Produktpalette zu verändern. - Herr Koopmann merkt dazu an, man sei bestrebt, Produkte zu finden, die Zuschüsse ersetzen könnten. Man befinde sich in einem permanenten Anpassungsprozess, auch im Hinblick auf die Anpassung der Laufzeiten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Investitionsbank 2007, Drucksache 16/2151, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Jahresbericht 2007 für den budgetierten Aufgabenbereich „Kredite, Finanzderivate, Schulden“ (Kapitel 1116),
Übersicht über die Schuldverpflichtungen und Bürgschaften des Landes
Schleswig-Holstein Ende 2007**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/3290

Einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt führt St. Dr. Wulff aus, aufgrund der hohen Verschuldung des Landes bestimmten die Schulden maßgeblich den Gestaltungsspielraum des Landes. Der Schuldenhaushalt des Landes betrage circa 30 % des Haushaltsvolumens. Die momentane Schuldenlast betrage 23 Milliarden €, seit dem Jahr 2003 sei sie um 33 % gestiegen. Die Neuverschuldung habe zwar zurückgeführt werden können, man befinde sich auch im Rahmen des verfassungsmäßigen Haushaltes, dennoch gebe es weiterhin auch Neuverschuldung. Die Zinsausgaben seien in den letzten zehn Jahren auf einem Niveau von circa 900 Millionen € konstant geblieben. Der wesentliche Grund dafür liege in der lang anhaltenden Niedrigzinsphase sowie im Kredit- und Zinsmanagement des Landes Schleswig-Holstein. Die mit dem konjunkturellen Aufschwung einhergehende Erhöhung des Steueraufkommens bringe eine Erhöhung der Zinsen mit sich, die bei der Aufnahme von neuen Schulden problematisch werde. Hinzu komme die Finanzmarktkrise, die ebenfalls die Zinserhöhung befördere. Höhere Zinsausgaben seien aus diesen Gründen unausweichlich und müssten einkalkuliert werden.

RL Jungk, Leiter des Referats für Kredit- und Zinsmanagement, Schulden- und Derivatverwaltung, gibt die in Anlage 1 diesem Protokoll angehängte Präsentation wieder. Er betont dabei besonders, dass, selbst wenn die Neuverschuldung auf null zurückgefahren würde, die Zinsausgaben durch strukturelle Rahmenbedingungen weiter steigen würden. Dennoch lohne es sich, die Neuverschuldung so gering wie möglich zu halten.

Abschließend ergänzt St. Dr. Wulff, dass die zu beobachtenden Entwicklungen zu einem erheblichen Teil auch aufgrund der Vorbelastung zu beachten seien.

Des Weiteren betont er, dass ein Altschuldenfonds derzeit nicht mehrheitsfähig sei. Dennoch sei das Land Schleswig-Holstein auf Hilfen angewiesen, da der erhebliche Zinsdruck auch dann bestehen würde, wenn keine neuen Schulden aufgenommen würden. Der Finanzminister

habe in der mittelfristigen Finanzplanung das Ziel, die Neuverschuldung ab 2010 jedes Jahr um 100 Millionen € herunterzuschrauben. Ohne Zinshilfe oder Hilfe bei den Altschulden sei ein Haushalt ohne Neuverschuldung aber nicht denkbar.

P Dr. Altmann merkt an, dass seiner Ansicht nach das Engagement des Landes im Hinblick auf das Abschmelzen der Altschulden deutlich größer sein müsse, wenn man tatsächlich Hilfe von anderen Ländern in diesem Zusammenhang erwarte.

St Dr. Wulff erwidert, dass die Darstellung Schleswig-Holsteins in seiner Komplexität ein wesentliches Argument sei, um Hilfe zu bekommen. Aus diesem Grunde dürfe man keine Versprechungen machen, die man nicht halten könne.

Auf eine Frage der Abg. Heinold zu den in der Präsentation genannten Zahlen verweist Dr. Wulff auf den Haushaltsentwurf.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht zur Entwicklung rechtsextremistisch motivierter Straftaten in 2008 und zur Finanzierung von rechtsextremistischen Vereinen, Stiftungen und Organisationen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2096

(überwiesen am 19. Juni 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Zahl der Organisationen mit rechtsextremistischem Hintergrund, die als gemeinnützig anerkannt seien, führt St. Dr. Wulff aus, dass die Feststellung der Gemeinnützigkeit leichter sei als die Feststellung der Verfassungswidrigkeit. Man sei bei dieser Feststellung auf die Zuarbeit anderer Behörden angewiesen.

Abg. Astrup rät davon ab, in der öffentlichen Finanzausschusssitzung konkrete Organisationen zu benennen. Dafür gebe es andere Gremien, in denen das geschehen könne.

Abg. Sauter weist darauf hin, in der Neufassung des § 51 Abgabenordnung extremistisches Gedankengut Gemeinnützigkeit ausschließen. Dennoch sei nicht davon auszugehen, dass man Rechtsextremismus durch die Abgabenordnung bekämpfen könne.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2096, dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Auflösung der globalen Minderausgaben 2008

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/3287

Der Ausschuss nimmt die Vorlage des Finanzministeriums, Umdruck 16/3287, zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Investitionsbedarf der Kommunen bezüglich der Gemeinschaftsschulen

hierzu: Umdruck 16/3410

Abg. Heinold möchte wissen, worauf sich die im Umdruck 16/3410 genannten 100 Millionen € Investitionsbedarf genau bezögen. - M Erdsiek-Rave führt dazu aus, das beziehe sich darauf, welche Beträge im Schulbauprogramm, das bis 2013 laufe, für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen zur Verfügung gestellt worden seien. Es beziehe sich in keiner Weise auf einen Bedarf, der durch das neue Schulgesetz ausgelöst werde. Das Schulbauprogramm des Landes sei aus dem kommunalen Finanzausgleich gebildet worden. Die Kommunen selbst hätten das Auslaufen des Schulbauprogramms gewünscht, und einige beklagten sich jetzt über das Fehlen eines solchen Programms. Da die Kommunen das Geld in dem kommunalen Finanzausgleich haben wollten, gehe das Ministerium davon aus, dass dieses Geld auch für den Schulbau eingesetzt werde.

Im Hinblick auf das vom Wissenschaftlichen Dienst erstattete Gutachten zur Frage der finanziellen Auswirkungen des Schulgesetzes auf die kommunalen Schulträger und die Verbindung zum Konnexitätsprinzip, Umdruck 16/3415, führt die Ministerin aus, eine juristische Bewertung sei dem Ministerium so kurzfristig nicht möglich, werde aber selbstverständlich vorgenommen. Sie betont, wenn Bildung Priorität in der Bundesrepublik haben solle, müssten sich alle daran beteiligen, der Bund, die Länder und auch die Kommunen, die für die Ausstattung und Investitionen an Schulen ihren Beitrag leisten müssten. Viele Kommunen täten das auch. Es könne jedoch nicht sein, dass Städte oder Kommunen für die beantragten Gemeinschaftsschulen keinen Euro in den Haushalt einstellten. Das Land unterstütze die Schulreform mit Personal und Fortbildungen. Viele Schulträger kämen auch ihrer Verpflichtung nach, sich mit Investitionen an der Ausstattung der neuen Schulformen zu beteiligen. Im Hinblick auf die Regionalschulen hätten die Schulträger bis 2010 Zeit festzustellen, wie sich Schülerströme durch die neuen Schulformen entwickelten und wie man in diesem Zusammenhang frei werdende Ressourcen nutzen könne. In einige Städten, zum Beispiel Lübeck, gebe es in Bezug auf diese Ressourcennutzung noch Optimierungsmöglichkeiten. Ihrer Ansicht nach sei es für die Kommunen sogar möglich, durch die Bildung von Regionalschulen Einsparungen zu erzielen.

Zudem gebe es in pädagogischer Hinsicht neue Anforderungen an die Schulen, bedingt durch die Veränderungen der Gesellschaft. Ein Beispiel sei hier die Investition in neue Medien. Nach Anschubfinanzierungen durch das Land und den Bund hätten die Kommunen mittlerweile die Ausstattung der Schulen mit neuen Medien als originäre Aufgabe erkannt.

Abschließend gibt die Ministerin ihrer Verwunderung Ausdruck, dass die Opposition ihrer Ansicht nach kritiklos die Position der Kommunen übernehme und die Landesinteressen nicht angemessen berücksichtige.

Auf eine Nachfrage der Abg. Heinold zu möglichen Nachbesserungen im Doppelhaushalt betont die Ministerin, dass eine Frage von solcher Tragweite nicht von ihr allein entschieden werden könne. Dazu werde das Kabinett sich beraten. Sie betont, dass die im Gutachten aufgeworfene Frage der Konnexität von den Fraktionen bisher nicht thematisiert worden sei.

Auf eine weitere Frage der Abg. Heinold betont sie, es gebe ihrer Ansicht nach eine Bringschuld der Kommunen, was die Kontaktaufnahme angehe. Gleichwohl werde es selbstverständlich einen Kontakt zwischen den Kommunen und der Landesregierung geben.

Kritisch merkt sie an, dass eine Bitte um Stellungnahme erfolge, obwohl das Ministerium über das Gutachten im Vorfeld nicht informiert worden sei. Das sei kein gutes Verfahren zwischen Opposition und Regierung.

Abg. Sauter merkt an, für ihn sei die Klarheit der Bewertung, dass Konnexität vorliege, im Gutachten bemerkenswert. Er warnt davor, sich in eine Situation zu begeben, in der festgestellt werde, dass auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes Nachforderungen gestellt würden, die auch gerichtlich durchsetzbar seien und somit einen Nachtragshaushalt erforderlich machten.

Abg. Astrup betont, dass es in der bisherigen Diskussion noch nie um Konnexität gegangen sei. Er unterstreicht die Bemerkung der Ministerin, dass die Kommunen die Diskussion abgebrochen oder eingestellt hätten, wenn es um eine fortgesetzte Förderung von Schulbau gegangen sei. Eine Rückführung der Fördermittel in den kommunalen Finanzausgleich bedinge eine Verantwortung für die Finanzierung von Schulbau. Man erlebe unliebsame Überraschungen, wenn man betrachte, wie viel von dem Geld, das von den umliegenden Gemeinden an Städte für den Schulausgleich gezahlt worden sei, bei den Schulen angekommen sei. Es gebe darüber hinaus Beispiele, in denen sich Schulträger entschieden hätten, die Schulen umzuwandeln, und sich ihrer finanziellen Verantwortung bei den Kosten, die dadurch entstünden, nicht nur bewusst seien, sondern sich dieser Verantwortung auch stellten.

Abg. Heinold betont, dass es einen erheblichen Sanierungsstau an einigen Schulen gebe, dass darüber hinaus aber die Zusammenlegung von Schulen auch neuen Bedarf erzeuge.

Sie teilt die Einschätzung der Ministerin, dass es eine politische Debatte um die räumliche und personelle Ausstattung von Schulen geben und dass sich an diese Debatte auch eine Entscheidung anschließen müsse. Darüber hinaus müsse es ihrer Ansicht nach aber noch vor dem Abschluss der Haushaltsberatungen eine Stellungnahme der Landesregierung geben, aus der hervorgehe, wie sie mit dem Gutachten umgehe. Es sei zu überlegen, ob das Schulbauprogramm nicht wieder eingerichtet werden solle.

Abg. Astrup weist darauf hin, dass der kommunale Finanzausgleich kommunales Geld sei, das nur durch das Land verteilt werde.

Die Ministerin sagt zu, zeitnah eine rechtliche Bewertung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes vorzunehmen.

M Erdsiek-Rave betont, dass eine Unterstützung der Schulen und eine Unterfütterung der Reform notwendig sei. Der Bau von Schulen geschehe freiwillig, für die Finanzierung seien die Kommunen dann entsprechend verantwortlich.

Zum Schulkostenlastenausgleich betont sie, dass die vom Land angedachte große Lösung, die viele Probleme aus dem Weg geräumt hätte, von den Kommunen nicht gewollt worden sei. Dies müsse gegebenenfalls noch einmal mit den Kommunen erörtert werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- Umdruck 16/3303 - Kongress- und Veranstaltungszentrum Husum
- Umdruck 16/3304 - Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr
- Umdruck 16/3305 - Verwaltungsvereinbarungen Städtebauförderung 2008
- Umdruck 16/3333 - Kinderbetreuungsfinanzierung
- Umdruck 16/3335 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben II/2008
- Umdruck 16/3341 - Finanzielle Auswirkungen Unterhaltsvorschussgesetz
- Umdruck 16/3342 und 16/3409 - Personalerhebung im Bereich der IT
- Umdruck 16/3343 - Durchführung der Beihilfeverordnung; Selbstbehalt
- Umdruck 16/3344 - Entwicklung der Frühpensionierungen im Jahr 2007
- Umdruck 16/3345 - Entwurf eines Verwaltungsabkommen zwischen S-H und
HH bzgl. Lärmschutzbereiche
- Umdruck 16/3374 - Europäisches Mahnverfahren
- Umdruck 16/3375 - Übersicht unbesetzte Stellen
- Umdruck 16/3376 - Übersicht über Entlastungen und Abfederungsmaßnahmen
- Umdruck 16/3377 - GMSH und LVSH: Geschäftsberichte 2007
- Umdruck 16/3378 - Institut-baltische-skandinavische-Archäologie
- Umdruck 16/3398 - Jahresbericht GVB

Bei Umdruck 16/3303 - Kongress- und Veranstaltungszentrum Husum - äußert der Vorsitzende erhebliche Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Investition. - Abg. Astrup teilt die Bedenken, hält die Maßnahme aber für ausgesprochen notwendig. Abg. Sauter teilt die Auffassung des Abgeordneten Astrup.

Zu Umdruck 16/3304 - Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr - plädiert Abg. Herdejürgen dafür, sich nach Abschluss des Berichts noch einmal kritisch mit der Wirtschaftlichkeit der Selbsterledigung von Aufgaben auseinanderzusetzen. - P Dr. Altmann betont, dass der Zwischenbericht zeige, dass bisher keine konkreten Schritte erfolgt seien, um die Wirtschaftlichkeit des Landesbetriebs zu verbessern. Des Weiteren betont er, dass sich die vom Landesrechnungshof geäußerte Kritik in einer Prüfungsmitteilung des Bundesrechnungshofs vom 20. August 2008 bestätigt finde. Dort werde festgestellt, dass der Bund Verwaltungsleistungen in Höhe von 1,2 Millionen € pro Jahr in diesem Bereich übernommen habe. Dies sehe der Bundesrechnungshof jedoch als Aufgabe der Länder; eine Auseinandersetzung und zusätzliche Belastung des Landeshaushalts sei möglich. Seiner Ansicht nach solle der Finanzausschuss das Verkehrsministerium bitten, weiter über die Maßnahmen zum Personalabbau und zur Effizienzsteigerung zu berichten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Neugebauer führt St Dr. Wulff aus, er könne noch nicht sagen, wann mit einem abschließenden Bericht zu rechnen sei. Er werde aber darauf drängen, dass im nächsten Bericht Benchmarks enthalten seien, um die Zahlen vergleichbarer zu machen. - Der Ausschuss bittet das zuständige Ministerium, ihn regelmäßig über die Fortschreibung des Berichts zu informieren.

Zu Umdruck 16/3333 - Kinderbetreuungsfinanzierung - möchte Abg. Herdejürgen wissen, ob es im Hinblick auf die Unterschrift der Landräte und Oberbürgermeister Neuigkeiten gebe. - St Dr. Wulff antwortet, es sei noch ein laufendes Verfahren, da noch nicht alle Kommunalparlamente zugestimmt hätten. Des Weiteren führt er aus, dass für den Haushalt 2009/2010 10 Millionen € vom Bund und 12 Millionen € vom Land für diese Maßnahme vorgesehen seien. - Der Ausschuss kommt überein, diesen Umdruck in der kommenden Sitzung erneut zu beraten.

Zu Umdruck 16/3335 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben II/2008 möchte der Vorsitzende wissen, warum in Einzelplan 06 die Gerichtskosten um 100 % erhöht worden seien. - St Dr. Wulff führt aus, bei den Gerichts- und ähnlichen Kosten gehe es um das Verfahren Fachhochschule Westküste. Der Bundesgerichtshof habe das Land verurteilt, Schadenersatz in diesem Fall zu leisten, das Verfahren sei aber noch nicht abgeschlossen. Die Minderausgaben umfassten unter anderem 100.000 € weniger Zuschuss an die Fachhochschule Westküste.

Zu Umdruck 16/3341 - Finanzielle Auswirkungen Unterhaltsvorschussgesetz - sagt St. Dr. Wulff zu, den Ausschuss darüber zu informieren, auf welche Weise und in welcher Höhe das Geld an die Kreise beziehungsweise das Land zurückfließe.

Der Ausschuss beschließt, Umdruck 16/3342 - Personalerhebung im Bereich der IT - kontinuierlich weiter zu beobachten.

Zu Umdruck 16/3345 - Entwurf eines Verwaltungsabkommens zwischen Schleswig-Holstein und der Hansestadt Hamburg bezüglich Lärmschutzbereichen - führt St Dr. Wulff auf eine Frage des Vorsitzenden aus, die Kosten für die Maßnahme betrügen 20.000 €. - Auf eine Frage von Abg. Heinold, warum die Kosten durch das Land übernommen werden sollten und nicht vom Flughafenbetreiber selbst, führt St Dr. Wulff aus, im Detail könne diese Frage nur vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume beantwortet werden. Er gehe jedoch davon aus, dass das Land Schleswig-Holstein ein Interesse am Betrieb des Flughafens Hamburg habe. Die Landesregierung sagt zu, schriftlich zu beantworten, ob es recht-

lich möglich wäre, dass der Betreiber und nicht die öffentliche Hand die Kosten für die Lärmkarte übernehme und ob es Gespräche in dieser Hinsicht gegeben habe.

Zu Umdruck 16/3374 - Europäisches Mahnverfahren - möchte Abg. Heinold wissen, ob an anderer Stelle auch Kosten wegfielen. - Das Europäische Mahnverfahren - so erläutert St Dr. Wulff - solle dazu dienen, Forderungen auf kostengünstigem Wege grenzüberschreitend durchsetzen zu können. Das sei bisher nicht möglich.

Zu Umdruck 16/3375 - Übersicht unbesetzte Stellen - führt VP Dopp aus, es sei ein sehr unbefriedigender Zustand, dass freie Planstellen zurückgeführt werden müssten. Der Landesrechnungshof habe bei der Prüfung des Personalkosteneinsparkonzepts feststellen müssen, dass man nicht genau in der Lage gewesen sei zu erkennen, was für ein Beschäftigungsvolumen in den einzelnen Ressorts vorgelegen habe. Problematisch sei, dass im Rahmen des Personaleinsparkonzepts einzusparende Stellen häufiger aus unbesetzten Planstellen zur Verfügung gestellt würden. Das widerspreche der Haushaltsklarheit und -wahrheit.

St Dr. Wulff führt aus, es gebe große Anstrengungen, unbesetzte Planstellen zurückzuführen, ein kleiner Teil sei jedoch aus sozialrechtlichen Gründen unvermeidbar, zum Beispiel wenn Stellen freigehalten werden müssten für Mitarbeiter, die aus dem Erziehungsurlaub zurückkehrten. Ein Auseinanderklaffen von Personalbudget und Planstellen sei schwer zu vermitteln, es gebe aber durchaus Interesse bei den Personalreferenten, auch unbesetzte Planstellen vorzuhalten, um im Falle einer höheren Budgetierung Mitarbeiter einstellen zu können.

Auf eine Frage des Abg. Koch, ob bei den unbesetzten Planstellen, die ohne zusätzlichen Vermerk angegeben seien, zwingende Gründe bestehen könnten, diese Planstellen bestehen zu lassen, verweist St Dr. Wulff auf die Haushaltsberatungen, in denen die Einzelpläne detailliert besprochen würden. Er weist aber auch darauf hin, dass unbesetzte Planstellen auch dadurch entstehen könnten, dass Polizeianwärter im Februar ihre Ausbildung abschlossen und die neuen Anwärter erst im September ihre Ausbildung begannen. Er betont, dass die in Umdruck 16/3375 wiedergegebenen Zahlen den Stand der Haushaltsanmeldungen widerspiegeln. Möglicherweise ergäben sich durch die Haushaltsberatungen noch Änderungen.

Der Vorsitzende schlägt vor, zukünftig zum Ausfüllen der Tabelle die gängigen Textverarbeitungsprogramme zu verwenden.

Zur Übersicht über Entlastungen und Abfederungsmaßnahmen (Umdruck 16/3376) bittet Abg. Heinold um einen erneuten Sachstandsbericht im November. - St Dr. Wulff sagt dies zu.

Zu Umdruck 16/3378 - Institut baltisch-skandinavische Archäologie - bittet Abg. Herdejürgen darum, diesen Umdruck zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal zu beraten. - Abg. Heinold bittet darum, schriftlich zu ergänzen, wie sich das geplante Institut auf die Technologieförderung auswirke. - P Dr. Altmann begrüßt eine weitere Befassung im Finanzausschuss, da durch die Einrichtung des Instituts Kosten für den Landeshaushalt entstünden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Heinold beantragt, sich in einer der kommenden Sitzungen noch einmal mit dem Thema Keitum-Therme zu beschäftigen und einen Sachstandsbericht des zuständigen Ministeriums dazu einzufordern.

Der vertrauliche Umdruck 16/3412 wird abschließend zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, den Maßnahmen-Plan UK S-H zur Verfügung zu stellen.

Abschließend erinnert der Vorsitzende die Landesregierung an die Beantwortung noch offener Fragen aus vergangenen Finanzausschusssitzungen. Am 16. Juli 2008 war nach der einzelbetrieblichen Förderung und einem Unternehmen aus dem Kreis Steinburg gefragt worden. Am 12. Juni war nach dem Jahresabschluss des Schleswig-Holstein Musik Festivals gefragt worden. - Die Landesregierung sagt die Beantwortung dieser Fragen zu.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 13:05 Uhr.

gez. Günter Neugebauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer

„Entwicklung der Zinsausgaben des Landes Schleswig-Holstein“
*Bericht im Rahmen der Sitzung des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 4. September 2008*

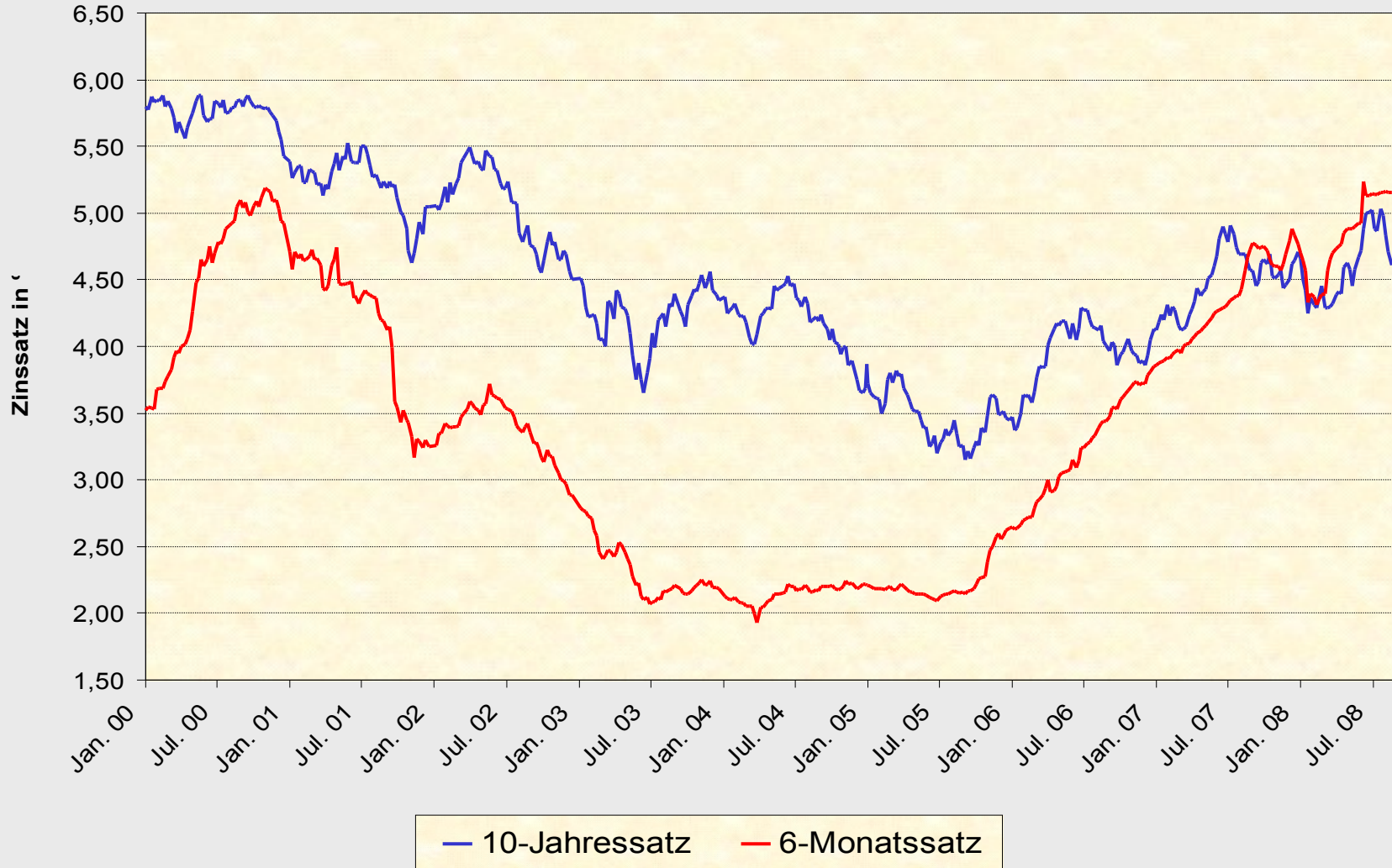
1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben

- Bisher
- Aktuell: Haushalt 2007/08
- Zukünftig: Haushalt 2009/10, MFP

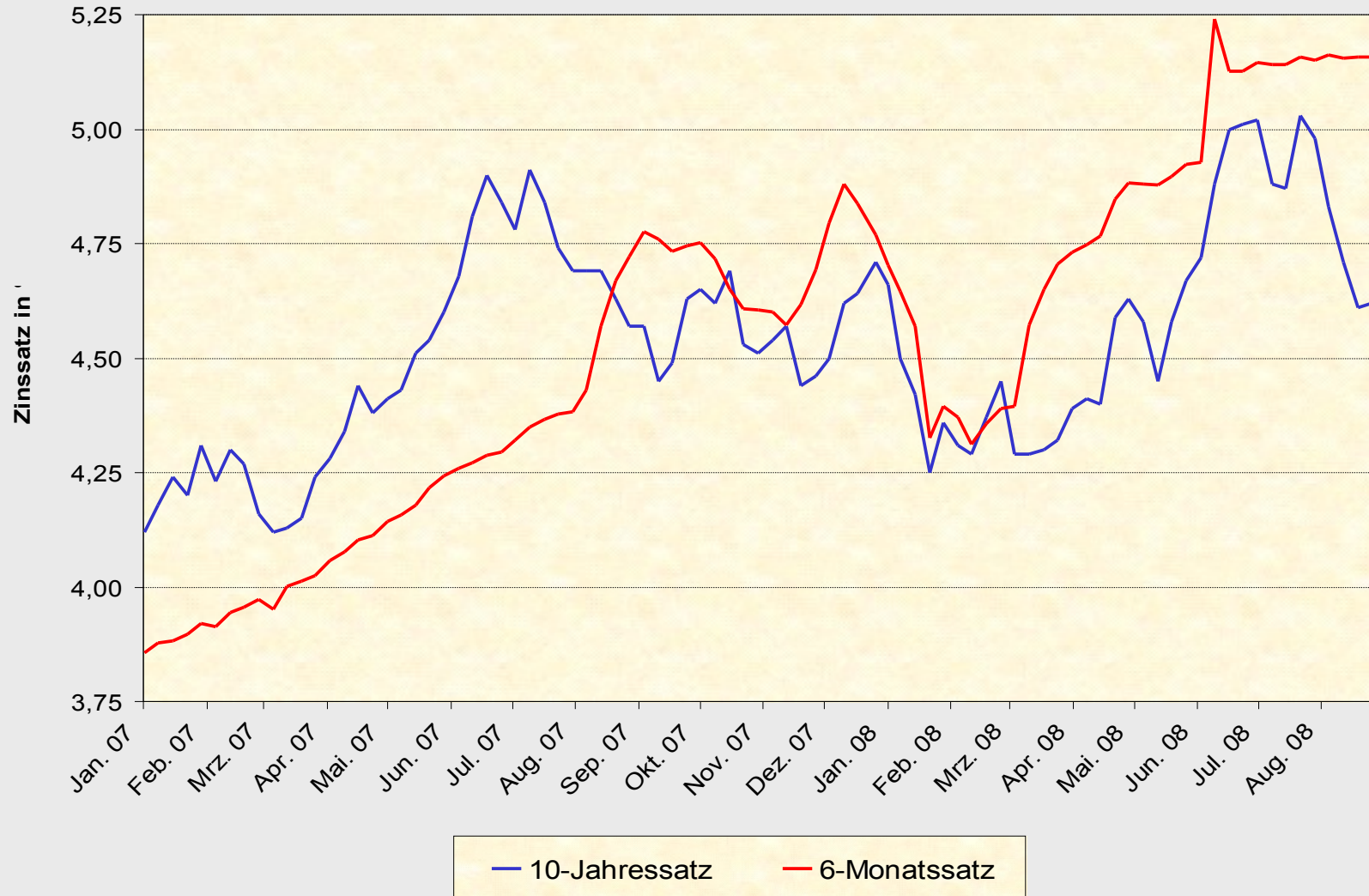
2. Steuerung und Begrenzung der Zinsmehrausgaben (Zinsänderungsrisiken)

3. Zusammenfassung

1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Zinsentwicklung auf dem Geld- und Kapitalmarkt ab 2000



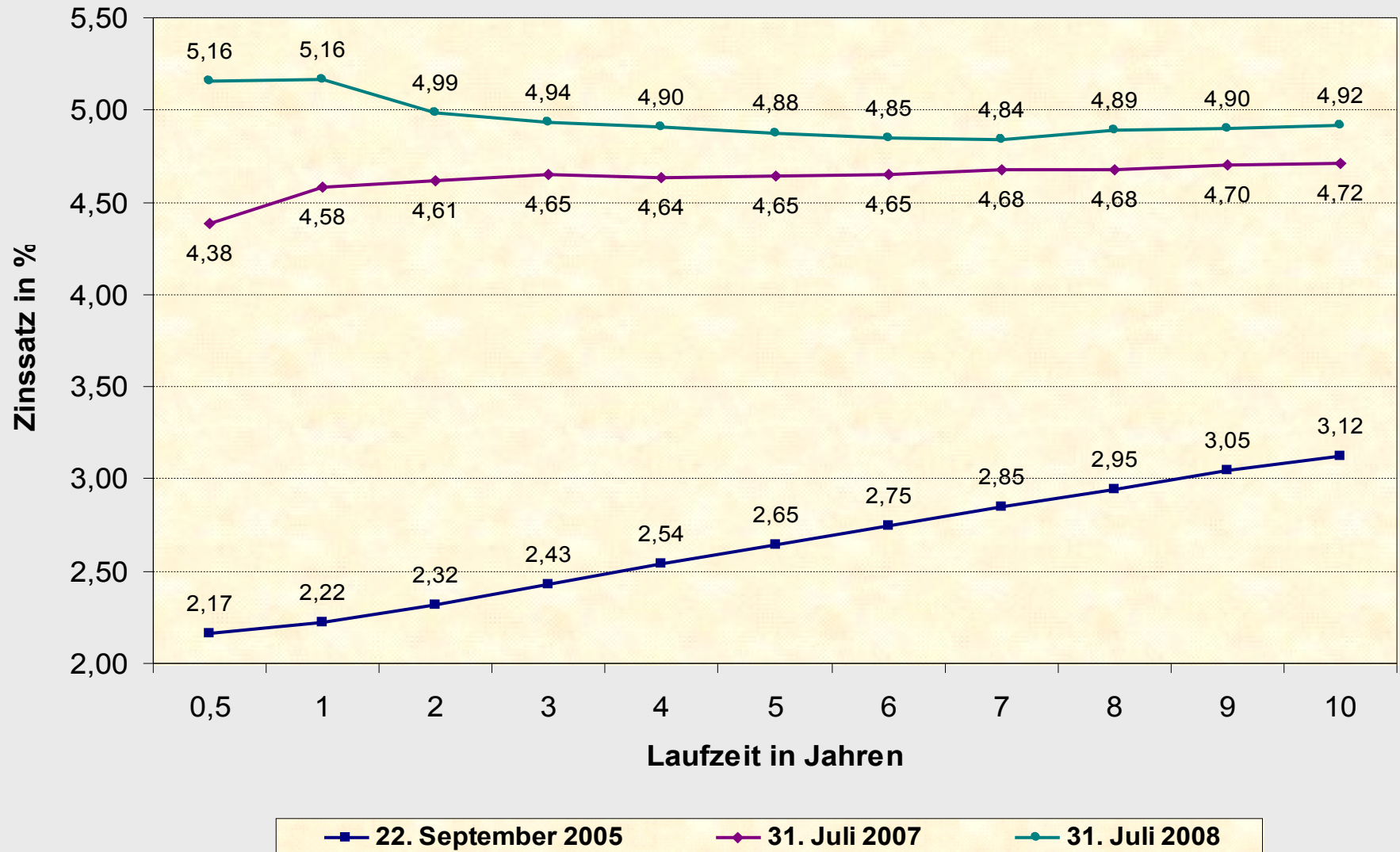
1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Zinsentwicklung auf dem Geld- und Kapitalmarkt ab 2007



1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Zinsentwicklung seit 2003

- **Kurzfristige Zinsen (Geldmarkt, Bsp. 6-Monatssatz):**
 - ab 2003 bis Mitte 2005 Niedrigzinsen zwischen 2 bis 2,20%;
 - ab Ende 2005 bis Mitte 2007 in etwa Verdoppelung auf gut 4 %, schrittweise Leitzinserhöhungen;
 - seit Ausbruch der Finanzkrise Zinssprung auf 5,35%, anhaltende Verwerfungen („6 ME ist 50 bis 75 Basispunkte zu hoch“).
- **Langfristige Zinsen (Kapitalmarkt, Bsp. 10-Jahressatz):**
 - im 2. Halbjahr 2003 Unterschreiten von 4%, in 2004 insgesamt konstantes Niveau von 4,20%;
 - Rückgang im 2. Halbjahr 2005, im Herbst historisches Zinstief bei gut 3,10%; Jahresende 3,50%;
 - Trend steigender Zinsen, in 2006 und 2007 durchschnittlich um jew. ca. 50 Basispunkte (BP), Mitte 2007 Zinshoch bei ca. 5 %;
 - seit Finanzkrise zunächst deutlicher Rückgang, in 2008 starker Anstieg auf 5%, seit August Rückgang auf 4,70%.
- **Kurvenstruktur (Steilheit): Indikator für Optimierungspotenzial**
 - in 2003 und 2004 wie in den Vorjahren steile Kurve, Differenz zwischen langfristigen und kurzfristigen Zinsen (Spread) 150 bis 200 BP;
 - in 2005 im Zinstief Rückgang auf ca. 100 BP;
 - im Trend steigender Zinsen Tendenz zur Kurvenverflachung (kurzfristige Zinsen steigen stärker als langfristige); Jahreswechsel 2006/2007 30 bis 50 BP;
 - seit Finanzkrise Inversität (Kurzfrist > Langfrist); minus 30 bis zuletzt minus 60 BP.

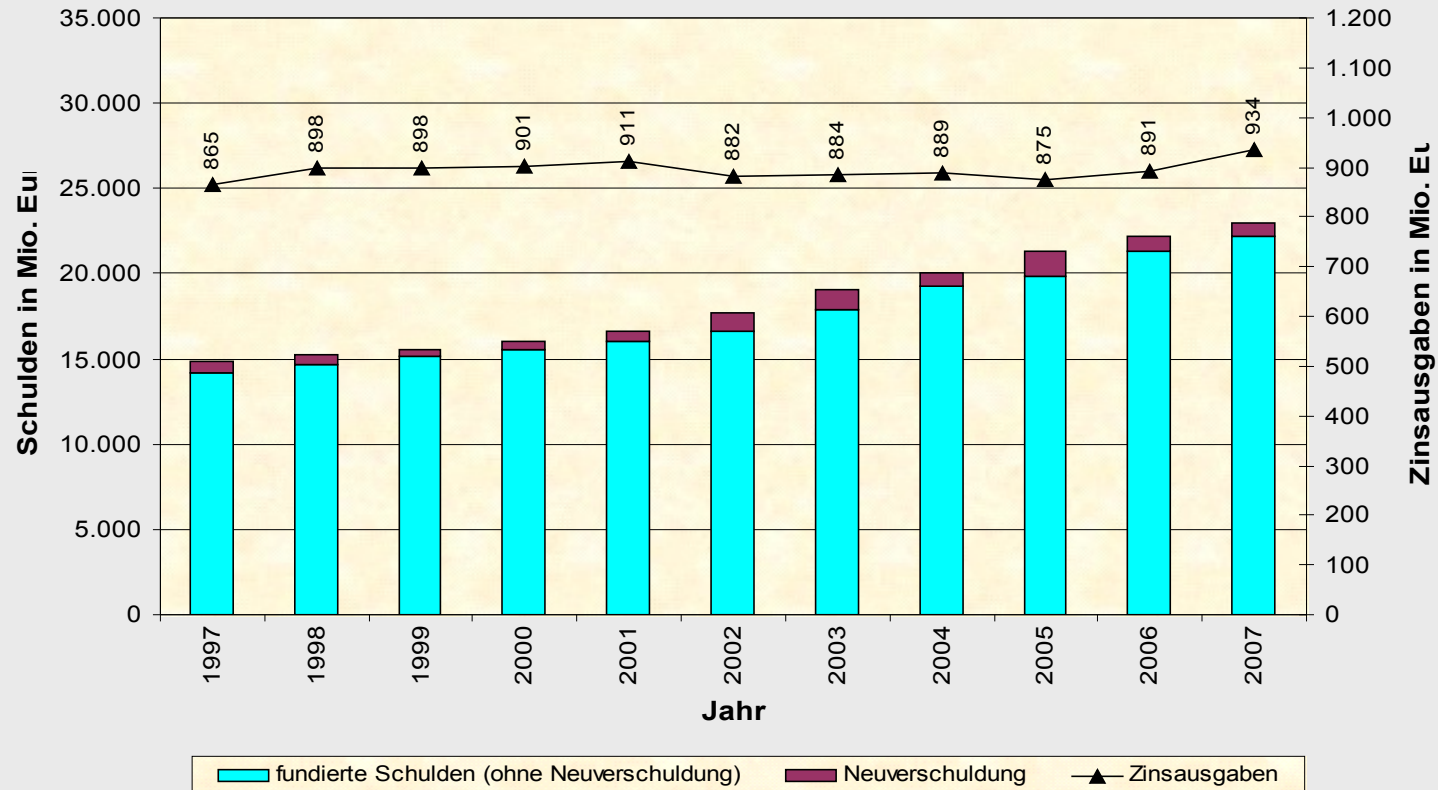
1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Entwicklung der Zinsstrukturkurve



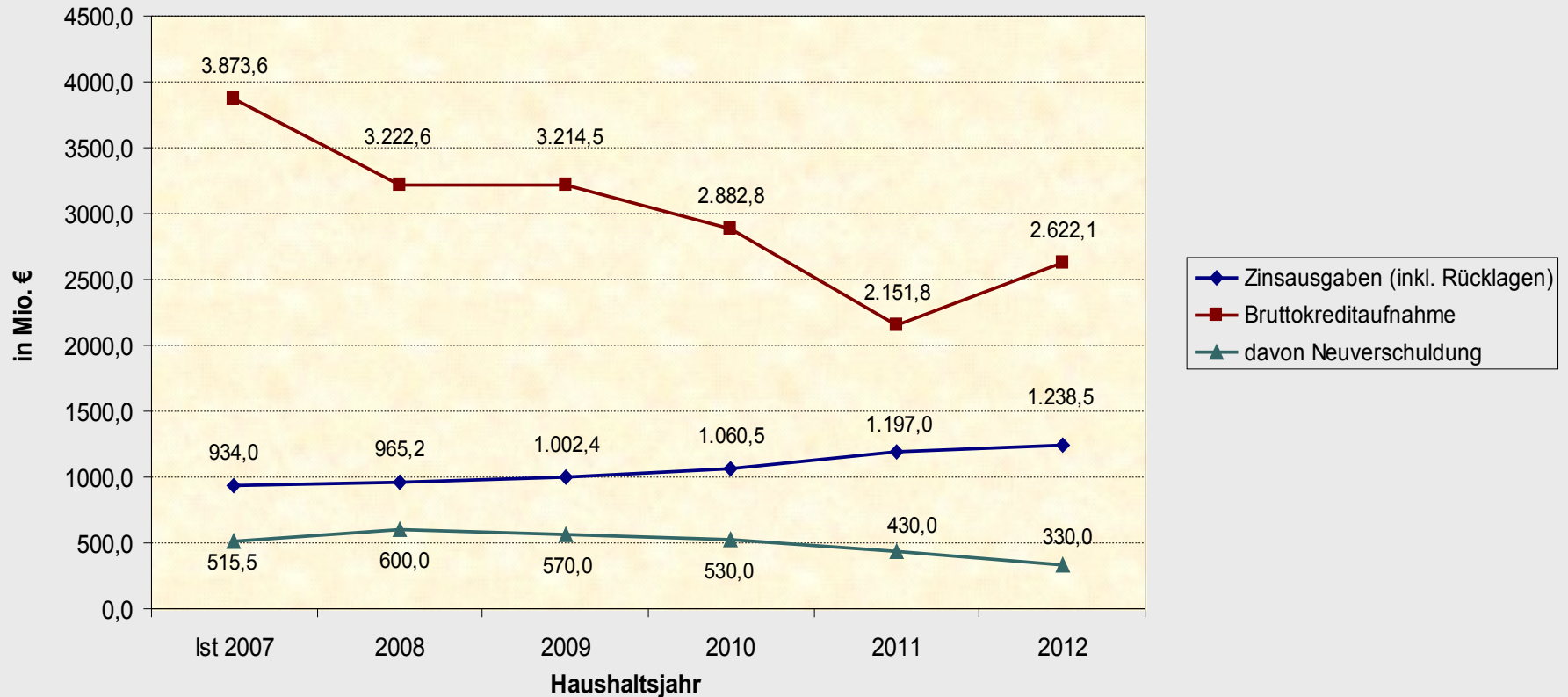
1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Entwicklung der Schulden und Zinsausgaben seit 1997

Kredite:	- Bestand Kreditmarktmittel (31.12.07)	22,0 Mrd. €
	- Anteile Wertpapiere/Schuldscheindarlehen	36 bzw. 64 %
	- Neuverschuldung 2007	0,5 Mrd. €
	- Bruttofinanzierungsvolumen 2008	3,2 Mrd. €
Derivate:	- Vertragsbestand (31.12.07)	15,4 Mrd. €
	- Anteile Zinsswaps/Zinsoptionen	76 bzw. 24 %
	- Abschlussvolumen 2007	3,7 Mrd. €

Schulden und Zinsausgaben



1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Haushaltsszenario Doppelhaushalt 2009/2010 (ohne GVB)

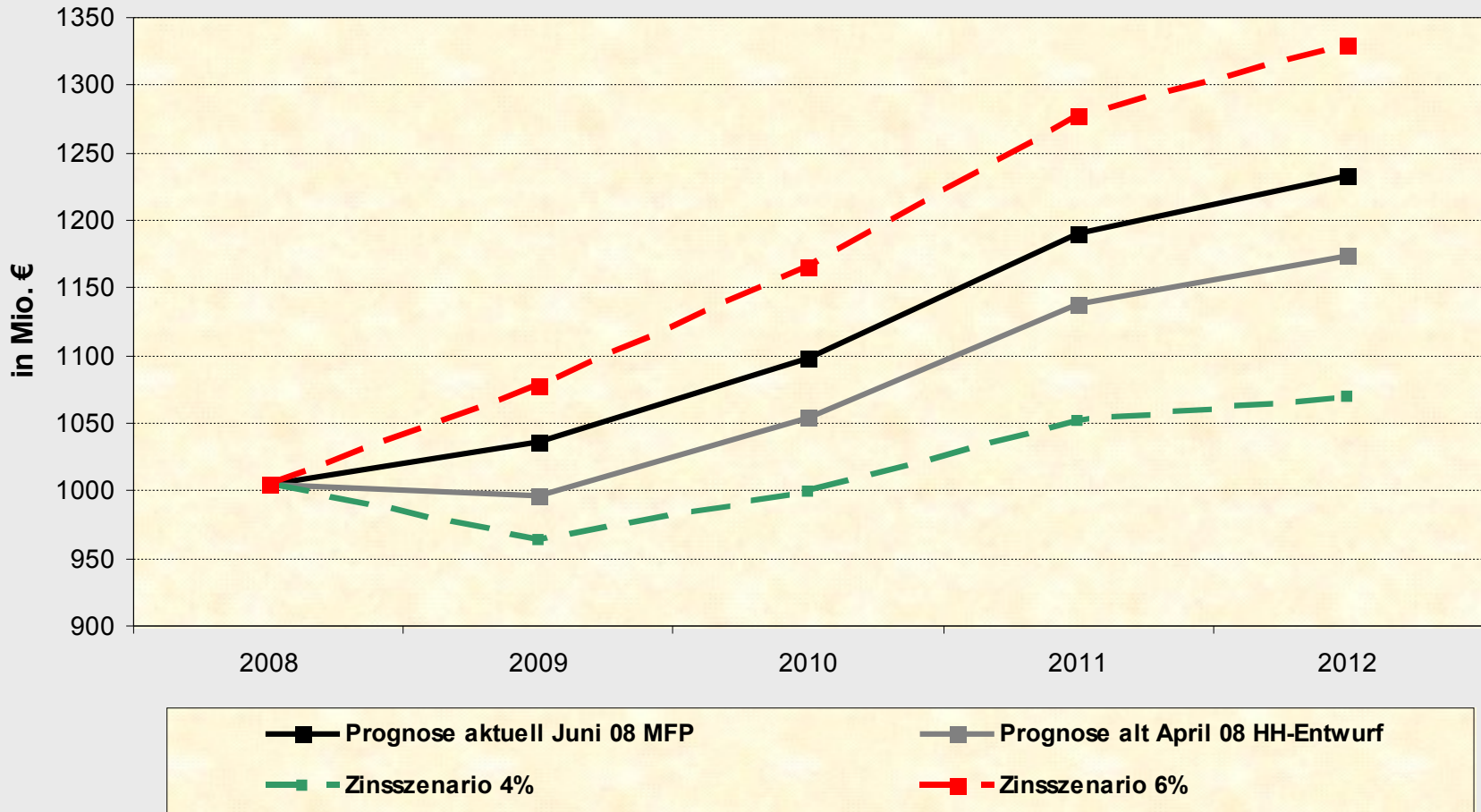


	Ist 2007	2008	2009	2010	2011	2012
Zinsausgaben (inkl. Rücklagen)	934,0	965,2	1.002,4	1.060,5	1.197,0	1.238,5
Zuwachsraten Zinsausgaben	4,8%	3,3%	3,9%	5,8%	12,9%	3,5%
Bruttokreditaufnahme	3.873,6	3.222,6	3.214,5	2.882,8	2.151,8	2.622,1
davon Neuverschuldung	515,5	600,0	570,0	530,0	430,0	330,0

1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Auswirkungen der Zinsentwicklung

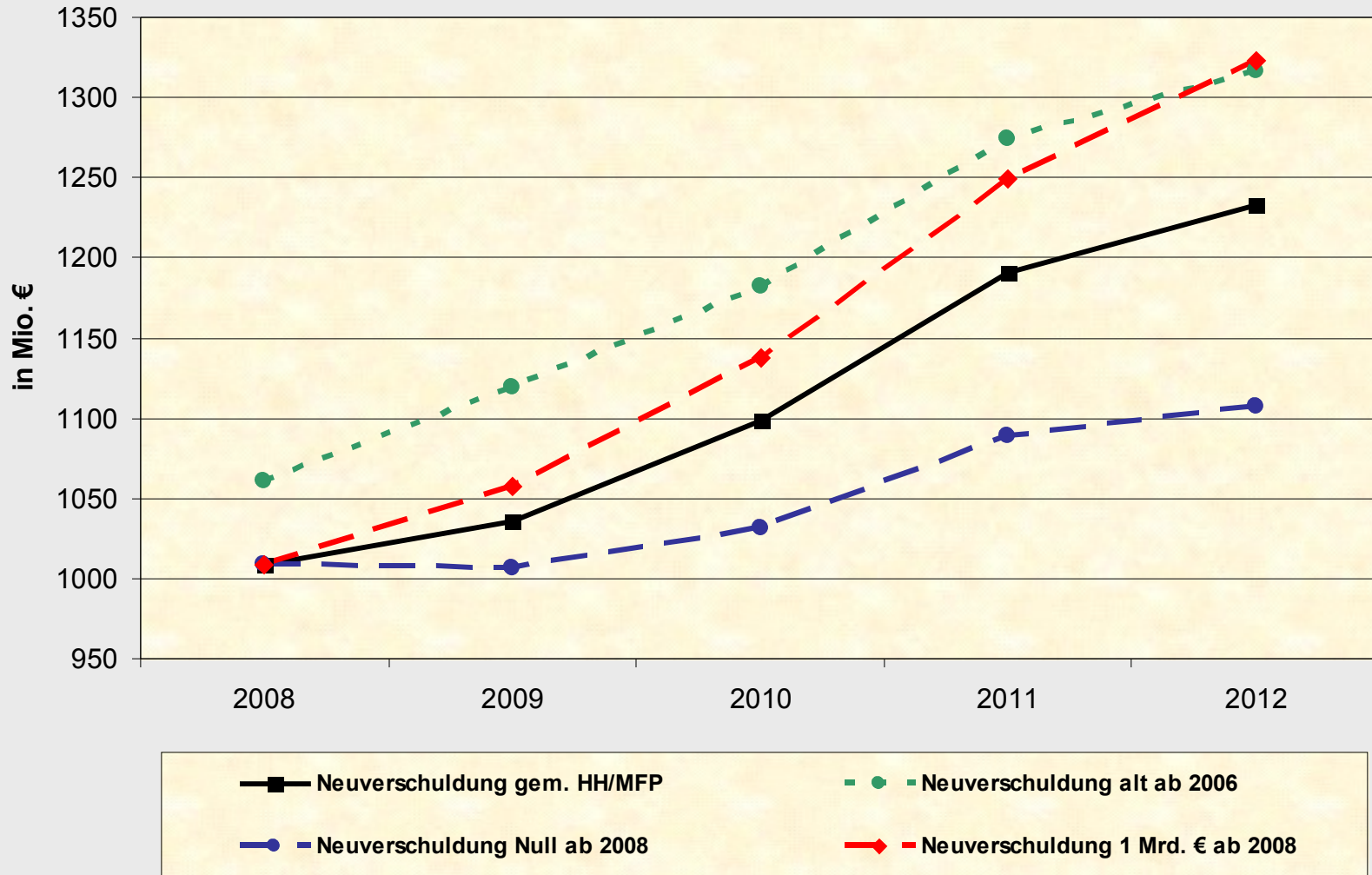


Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate) MG 01
alternative Zinsszenarien, Neuverschuldung gem. HH/MFP

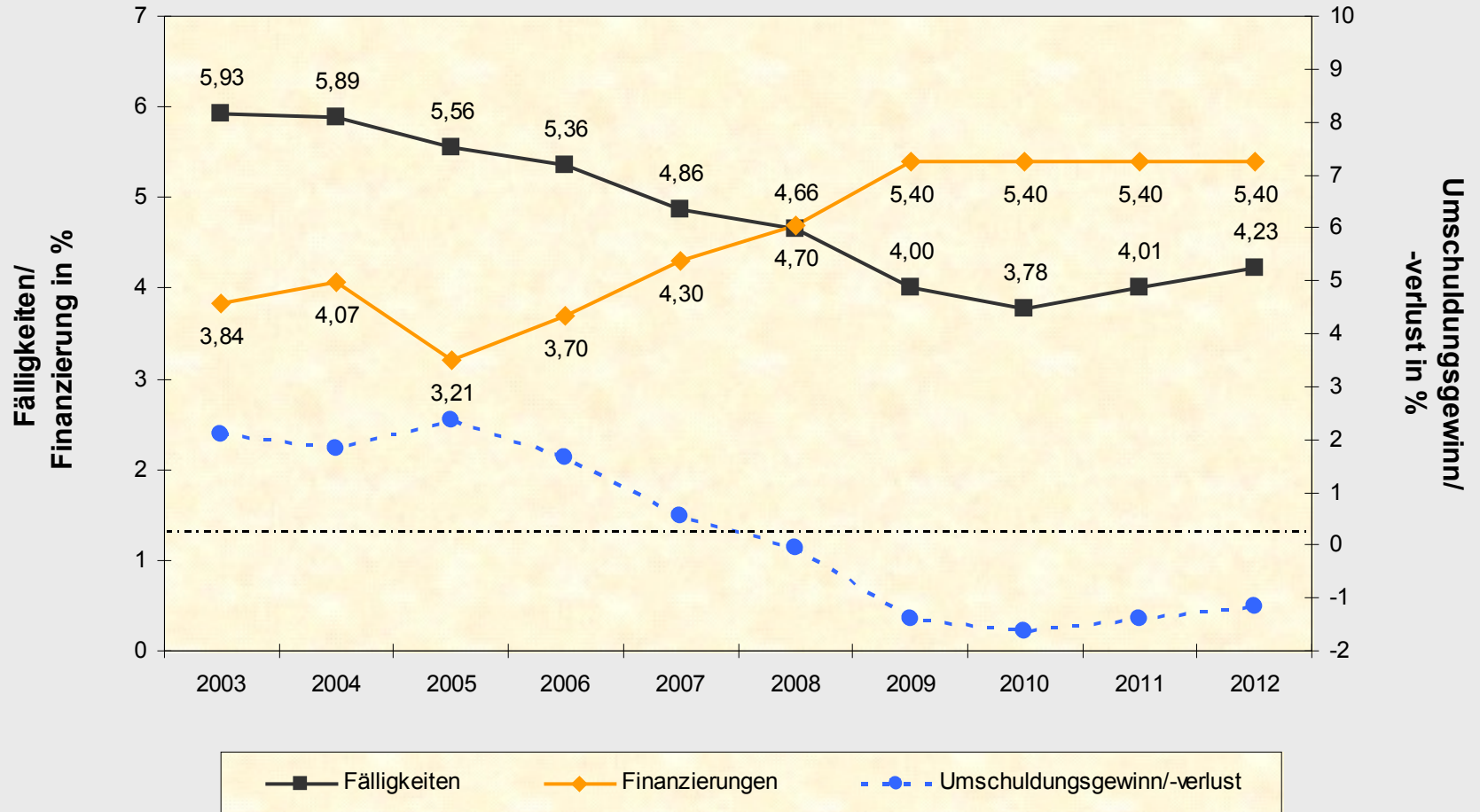


1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Auswirkungen der Neuverschuldung

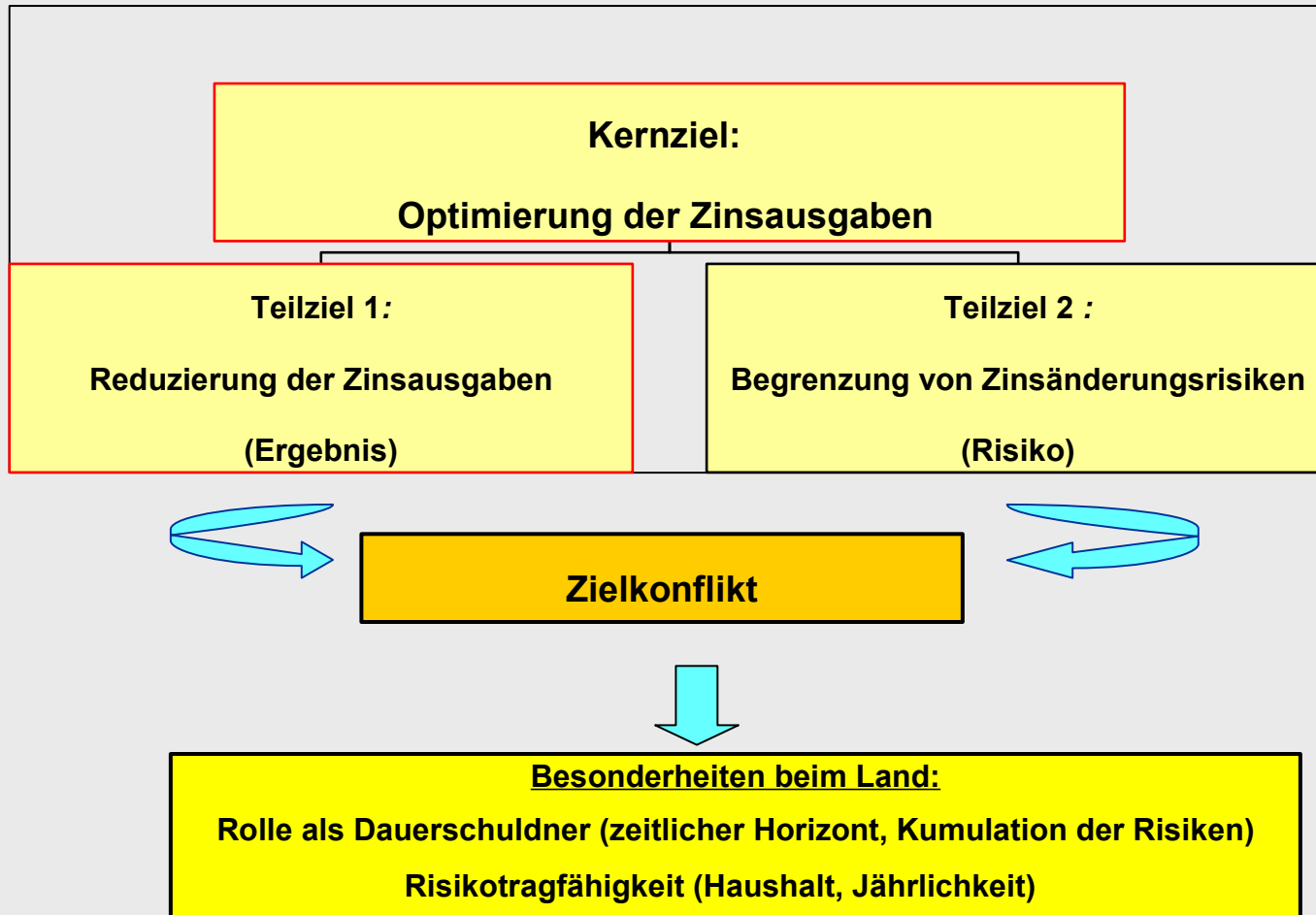
Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate) MG 01
alternative Neuverschuldung, Zinsprognose gem. MFP



1. Entwicklung der Zinsen und der Zinsausgaben: Umschuldungseffekt Festsatzkredite (Verzinsung alt und neu)



2. Steuerung und Begrenzung der Zinsmehrausgaben: Optimierungsziel des Zinsmanagements



- **Voraussetzung für die zielgerichtete Steuerung der Zinsausgaben:**
Instrumente (u.a. Finanzderivate) und **spezifische Verfahren** (PERZ, SDW) !

1. Klassifikation in erwartete und unerwartete Mehrausgaben.

Zinsänderungsrisiken: *Gefahr höherer Zinsausgaben aufgrund von unerwarteten Zinsänderungen.*

2. Mehrausgabenpotenzial: *alle der Höhe nach unsicheren Zinszahlungen, d.h.:*

- variable Verzinsung der **bestehenden Kredite und Finanzderivate** → 10-15 % des Gesamtbestandes,
- **alle geplanten Abschlüsse**, d.h. Anschlussfinanzierungen, Neuverschuldung → 3,5 bis 4 Mrd. € pro Jahr.

3. Steuerung und Begrenzung der Zinsänderungsrisiken:

- Einsatz von Risiko-Zinsszenarien,
- Vorgabe **haushaltsgesetzlicher Höchstgrenzen** (Limite),
Haushalt 2008: **85 Mio. €**, Entwurf HH 2009/2010: **90 bzw. 160 Mio. €**,
- laufende Überwachung mit Hilfe des Portfolioverfahrens (PERZ SH),
- Berücksichtigung im Controlling und Berichtswesen.



Zielgröße: Laufzeit- bzw. Zinsbindungsstruktur der Kredite
unter Berücksichtigung der Finanzderivate

- a) **Steuerungsparameter: Anteil der variablen Zinsverpflichtungen** (Zinsbindung unter 1 Jahr)
- Anteil („Bodensatz“) ist zur Nutzung der Zinsschwankungen erforderlich, wesentlicher Beitrag zum Optimierungspotenzial bei „normal“ verlaufenden Zinskurven.
 - Bsp.: Anteil von 20% bedeutet für SH beim Anstieg der kurzfristigen Geldmarktzinsen um 100 BP Mehrausgaben von ca. 45 Mio. € p.a..

Kredit- und Zinsmanagement:

- seit 2004 **deutliche Absenkung des variablen Anteils** am jährlichen Finanzierungsvolumen jeweils von 20% auf unter 10%, aktueller Anteil am Gesamtbestand beträgt gut 11 %.

Zinsausgaben:

- seit Finanzkrise Strukturverwerfung im Geldmarkt, Abstand 6-Monatssatz zum Leitzins beträgt bis 90 BP (üblich sind 10-20 BP), aktuell Leitzins 4,25% 6-Monatssatz 5,16%;
- **krisenbedingte** Mehrausgaben von ca. 15 Mio. € in 2008 und 20 Mio. € in 2009, etwa Halbierung der **Zusatzbelastung** aus Finanzkrise durch Reduzierung Anteil;
- weitere Ersparnis in Abhängigkeit von zukünftiger Geldmarktentwicklung, Festsatzfinanzierungen 2003 bis 2007 mit Durchschnittsrendite 3,85%, -laufzeit 7,8 Jahre.



Zielgröße: Laufzeit- bzw. Zinsbindungsstruktur der Kredite
unter Berücksichtigung der Finanzderivate

b) Steuerungsparameter: Laufzeit der festverzinslichen Verpflichtungen

- Laufzeit impliziert jährliches Volumen der Fälligkeiten und Anschlussfinanzierungen (Umschlagsgeschwindigkeit des Kreditvolumens, Frequenz der Zinsanpassungen).
- Bsp.: durchschnittliche Laufzeit der jährlichen Festsatzfinanzierungen von 7 Jahren (gem. Benchmark) bedeutet langfristig Volumen der Anschlussfinanzierung von 2,7 Mrd. € p.a.;
- Anstieg der Kapitalmarktzinsen um 100 BP bedeutet Mehrausgaben von 27 Mio. € p.a. bzw. insgesamt knapp 190 Mio. € über die Laufzeit.

Kredit- und Zinsmanagement:

- seit 2003 deutliche **Verlängerung der Laufzeit** auf im Mittel **7,8 Jahre**, Sicherung der relativ **günstigen Kapitalmarktzinsen** (Durchschnitt 3,85%) über längeren Zeitraum.

Zinsausgaben:

- in langfristiger Betrachtung (ohne Neuverschuldung) verringert sich jährliches Anschlussfinanzierungsvolumen um 300 Mio. auf 2,4 Mrd. € p.a.;
- Verringerung des jew. Mehrausgabenpotenzials bei Zinsanstieg um rd. 23 Mio. € über die Laufzeit.



Zielgröße: Laufzeit- bzw. Zinsbindungsstruktur der Kredite
unter Berücksichtigung der Finanzderivate

c) **Steuerungsparameter: Einsatz von Finanzderivaten zur vorzeitigen Festschreibung der zukünftiger Zinsverpflichtungen**

- Basis ist jeweils aktuelle Zinsstrukturkurve, Sicherung des Zinsniveaus;
- Abschluss von unbedingten (Swap) oder bedingten (Swapoption) Festsatzverpflichtungen.

Kredit- und Zinsmanagement:

- seit 2003 Abschluss von zusätzlichen Sicherungsgeschäften über insgesamt rd. 2,2 Mrd. €, 1,5 Mrd. € Swapoptionen, 700 Mio. € Swaps.

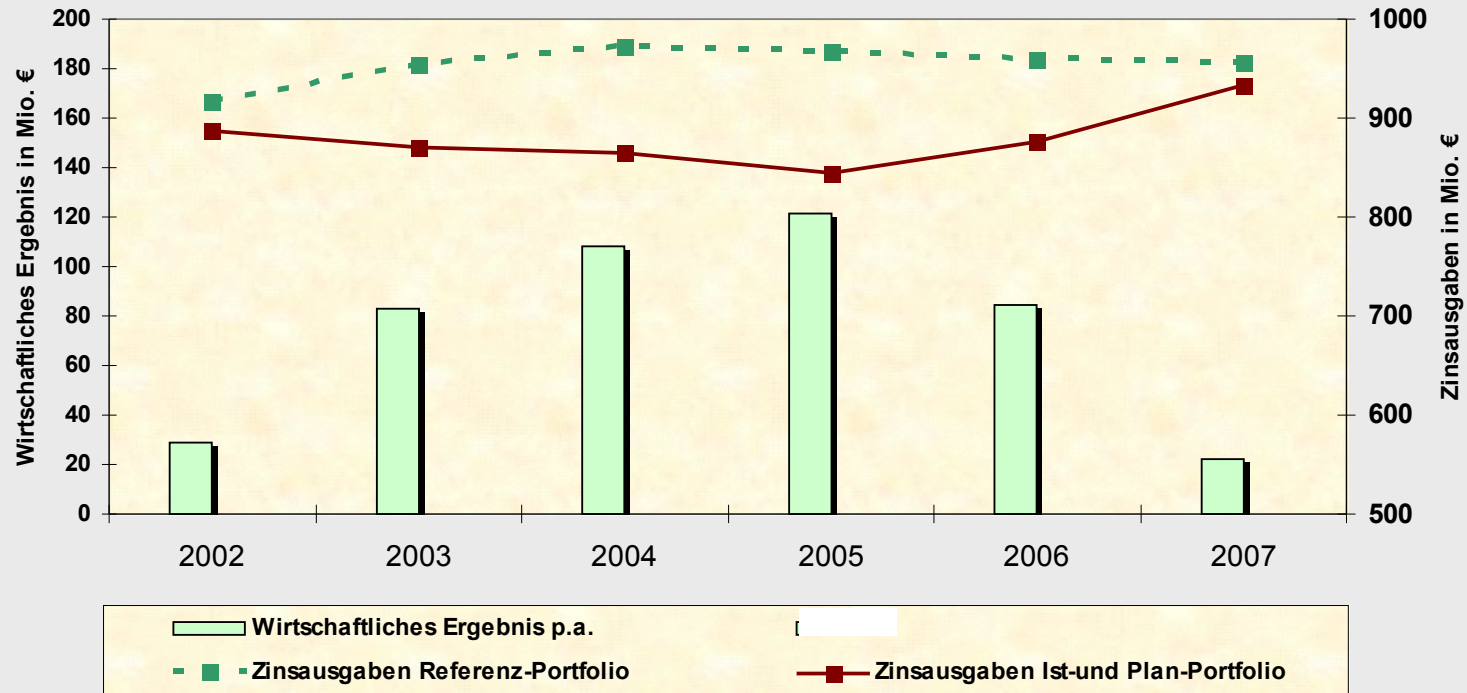
Zinsausgaben:

- Sicherung der Festsatzbindung zukünftiger Anschlussfinanzierungen im MFP-Zeitraum, Laufzeit 5 bis 8 Jahre, Durchschnitt 5,3 Jahre für Swaps bzw. 6 Jahre für Swapoptionen;
- durchschnittliche Verzinsung: Swaps 3,81%, Swapoptionen 4,30% (Obergrenze).

3. Zusammenfassung: Bisherige Ergebnisentwicklung



Wirtschaftliche Ergebnisse
(Kostenträger I „Kredite und Finanzderivate“)



in Mio. €	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Zinsausgaben Referenz-Portfolio	916,72	954,07	972,32	966,57	959,32	956,37
Zinsausgaben Ist-und Plan-Portfolio	887,5	871,17	864,14	844,87	875,06	933,98
<u>Wirtschaftliches Ergebnis</u>	<u>29,22</u>	<u>82,9</u>	<u>108,18</u>	<u>121,7</u>	<u>84,26</u>	<u>22,39</u>



Ende der Präsentation.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Fragen ????
Diskussion!!

